

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Petitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 35 mm breite Reklame-Petitzeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Montag

6
Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsatz. Jede Nachsatzbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9^{1/2} Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird unanlässig berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 3 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Wahlen im besetzten Gebiet!

Die Nationalversammlungswahlen im besetzten Gebiet sind vom französischen Hauptquartier genehmigt worden. Die öffentliche Ordnung darf darunter aber nicht leiden und den Besatzungstruppen gegenüber muß die Bevölkerung eine einwandfreie Haltung beobachten. Pflicht eines jeden Bürgers ist es, dieser Erwartung der französischen Behörden gerecht zu werden! Im amtlichen Teil dieser Nummer veröffentlichen wir die Wahlbekanntmachung des Herrn Landrats, die über alle Fragen Auskunft gibt, die mit der Vorbereitung der Wahlen zusammenhängen.

Ein katholisch-protestantisches Bündnis.

Aus Berlin wird gemeldet: Zur Wahrung der sämtlichen christlich gerichteten Staatsbürgern gemeinsamen Interessen bei den bevorstehenden politischen Kämpfen haben sich namhafte Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche zu einem interkonfessionellen Ausschuss zusammengeschlossen. Erster Vorsitzender ist Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Ad. Dehmann (Berlin), Zweiter Vorsitzender Reichs- und Landtagsabgeordneter Scheimer Regierungsrat Prof. Dr. Martin Fehlbender. Der Ausschuss beabsichtigt, in der nächsten Zeit eine große gemeinsame Rundgebung von Katholiken und Protestanten gegen die beabsichtigten kirchenpolitischen Maßnahmen der Regierung zu veranstalten.

Eine Riesendemonstration von Katholiken und Protestanten, die in eine Demonstration gegen den preußischen Kultusminister Adolf Hoffmann auslief, fand am Neujahrstage in Berlin im Zirkus Busch und im Lustgarten statt. Der Zweck der Versammlung war, den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Pfeiffer (Zentrum) und den evangelischen Pfarrer Häcker von der Berliner Lutherkirche als Kandidaten für die Nationalversammlung zu empfehlen. Das bekannte antireligiöse Auftreten des Kultusministers Adolf Hoffmann gab den Vertretern beider Konfessionen Gelegenheit, ihre Kandidaten wirkungsvoll einzuführen. Der Zirkus Busch war schon vor Beginn der Versammlung so überfüllt, daß die weiter herankommenden Massen nach dem Lustgarten geleitet werden mußten, wo sich gegen 11 Uhr etwa 30 000 Menschen eingefunden hatten. Unter den Versammelten waren Soldaten, katholische Schwestern und Diakonissinnen. Im Lustgarten sprach der Unterstaatssekretär Giesberts zu der Parallelversammlung, der die Teilnehmer aufzuforderte, nach dem Zirkus Busch zu ziehen, um sich nach Schluß der dortigen Versammlung mit den Teilnehmern zu einer gemeinsamen Rundgebung zu vereinigen. Dieser Anregung wurde mit stürmischen Beifallsrufen Folge geleistet, und so bildete sich nach Schluß der beiden Versammlungen ein gewaltiger Demonstrationzug, der nach dem Kultusministerium zog. Dr. Pfeiffer hielt vor diesem Ministerium eine scharfe Ansprache gegen Adolf Hoffmann, dessen Bosheit noch übertrumpft werde durch die Dummheit seines Vorgehens. Das Zentrum sei schon mit Bismarck fertig geworden und werde auch mit Adolf Hoffmann fertig werden. Pfeiffer schloß mit dem Rufe: „Nieder mit der sozialistischen Republik, es lebe die demokratische Republik!“ Eine größere Anzahl von Personen drang in das Kultusministerium ein, um Hoffmann herauszuholen; dieser war aber nicht anwesend. Der Zug bewegte sich dann durch die Wilhelmstraße. Vor dem Reichstagsparlament wurden erneut Ansprachen gehalten gegen die religionsfeindliche Politik der gegenwärtigen preußischen Regierung.

Säuslicher Gegensatz im Kultusministerium.

Hänisch gegen Hoffmann.

Das preußische Kultusministerium wird bekanntlich von den beiden Kultusministern Konrad Hänisch und Adolf Hoffmann gemeinsam verwaltet. Bei diesem Zusammenarbeiten haben sich nun trotz der Gemeinsamkeit des Grundsatzes erhebliche Gegensätze in der beiderseitigen Auffassung über die unter den jetzigen Verhältnissen einzuschlagende Taktik herausgestellt, die Hänisch zu einer Flucht in die Öffentlichkeit gezwungen haben. Er veröffentlicht in dem Berliner „8 Uhr-Abendblatt“ einen Artikel, in dem er gegen Hoffmann scharfe Vorwürfe erhebt.

Zentrumstagung in Frankfurt.

Im Hotel „Rose“ in Frankfurt a. M. trat am Sonntag der Zentrallauschuß der Zentrumspartei unter dem Vorsitz

des Reichstagsabgeordneten Gröber zusammen. Der Tagung wohnte auch Staatssekretär Erzberger, ferner Herold, Bachem, Dr. Pfeiffer und Dr. Müller-Gulda bei. Die Verhandlungen trugen streng vertraulichen Charakter. Der Wahlauftrag wurde im Wortlaut festgelegt, ebenso die Leitsätze für die Politik der deutschen Zentrumspartei.

Die Richtlinien unserer Friedenspolitik.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Brockdorff-Rantzau hat über die Richtlinien seiner Politik einem Vertreter des M. V. folgendes erklärt:

„Mein Bestreben wird sein, Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volk als auch dem Ausland gegenüber. Das deutsche Volk soll im Unglück keine innere Größe und Würde bewahren und Selbsterniedrigung wie Ueberhebung vermeiden. Zu meinem Teil hierzu beizutragen, bin ich entschlossen. Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts, einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Verfluchung lehne ich ab.“

Manche unserer Gegner verdächtigen die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie der Glaube irrig ist, das Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen.

Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Forderungen gewissenhaft erfüllt, aber nicht um die Breite eines Haars darüber hinausgeht, was es als Recht anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Selbstbestimmungsrecht; unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfruf gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundsatz gelten soll: „Der Balkan den Balkanvölkern“, so wird es auch heißen müssen: „Deutschland den Deutschen.“

Unsere Vorarbeiten für die Friedenskonferenz.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, nehmen die von der Reichsregierung angeordneten Vorarbeiten für die Friedenskonferenz einen guten Fortgang und dürften demnächst zum Abschluß gelangen. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt naturgemäß beim Auswärtigen Amt, wo das außerordentlich umfangreiche Material von der politischen, handelspolitischen und Rechtsabteilung bearbeitet wird. Außerdem nehmen aber auch zahlreiche Reichsämtler und sonstige Behörden, namentlich das Reichsamt des Innern, das Reichswirtschaftsamt, das Reichsschatzamt, das Reichsgesundheitsamt, das Reichsmarineamt und das Kriegsministerium an diesen Arbeiten teil. Für besondere Fragen technischer Natur sind sehr zahlreiche namhafte Sachverständige zur Mitarbeit herangezogen worden.

Finanzminister-Konferenz in Berlin.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hat die Chefs der einzelstaatlichen Finanzressorts zu einer gemeinsamen Erörterung der schwebenden Finanzfragen auf Freitag den 10. Januar in das Reichsschatzamt zu Berlin eingeladen. In vertraulicher Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsleitung und ihre Steuerpläne, das Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, die Aufgaben der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Teile der zukünftigen Reichsverfassung behandelt werden.

Ein Amt für die Mittelstandsfragen.

Der „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe, nach der vom 1. Januar ab im preußischen Landesgewerbeamt eine besondere Abteilung errichtet wird, der die Bearbeitung sämtlicher des Handwerk, die Gewerbebeförderung und das Genossenschaftswesen betreffenden Angelegenheiten obliegen wird. In die Abteilung werden Vertreter des Handwerks und des Genossenschaftswesens als Mitarbeiter einberufen.

Berlin, 3. Jan. Der bisherige Unterstaatssekretär Fehr. von dem Busche hat nach mehrmonatigem Urlaub den Abschied erhalten. Zum Unterstaatssekretär ist der bisherige Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Rangwerth v. Simmern ernannt worden.

Aus der bedrohten Ostmark.

Das polnische Provinzialkomitee in Posen proklamiert Wahlenthaltung für die bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

In Danzig ist ein Volkstrotz zur Abwehr der polnischen Gefahr gebildet und die Schaffung einer militärischen Wehrtruppe beschlossen worden.

Die Bekämpfung des Bolschewismus.

Aus Basel, 30. Dez., wird der „Rdn. Ztg.“ gemeldet: Der „Homme Libre“ (das Organ des französischen Ministerspräsidenten Clemenceau. D. Red.) schreibt: Im besetzten Gebiet sind Sendboten der Berliner Bolschewisten festgenommen worden. Ihre Aburteilung erfolgt durch ein Verbandskriegsgericht. Wiederholen sich diese Vorkommnisse, so werden die Verbandsmächte die Auslieferung der Berliner bolschewistischen Zeitung genau so verlangen, wie sie von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers fordern.

Russische Gelder für die deutsche Revolution.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, liegen in Deutschland noch etwa 12^{1/2} Millionen Mark, die für die Bekämpfung der bolschewistischen Propaganda bestimmt sind. Die Gelder stammen von der russischen Regierung.

Energetische Abwehr der Spartakisten.

Infolge von Unruhen, die durch radikale Elemente hervorgerufen wurden, ist über Bremen und Umgebung der Belagerungszustand verhängt worden. Die Urheber, die ergriffen werden konnten, wurden auf der Stelle erschossen, eine Anzahl Teilnehmer von den sofort eingesehten Standgerichten abgeurteilt und ebenfalls erschossen. Auch in Kiel sollen neuerdings wieder blutige Unruhen ausgebrochen sein. Von den Regierungstruppen wurden mehrere Mitglieder der Spartakusgruppe erschossen.

Auflösung der braunschweigischen Truppenteile.

Aus Braunschweig wird gemeldet: Das Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz, nach dem mit der vollkommenen Auflösung sämtlicher im braunschweigischen Lande garnisonierenden Truppverbände und Behörden begonnen wird, ausschließlich der Bezirkskommandos, der Lazarette, des Proviantamts und der Garnisonverwaltung. An Stelle des stehenden Heeres tritt nach der vollständigen Demobilisation eine freie Volkswehr. Die Anordnungen des 10. Armeeoberkommandos sind für Braunschweig nicht maßgebend.

Das Milizsystem in Deutschland?

Die „Morning Post“ meldet aus Stockholm: Aus gut unterrichteter deutscher Quelle verlautet, daß die gegenwärtige deutsche Regierung beabsichtigt, in Deutschland eine Art Miliz nach Schweizer Muster zu bilden. Eine Kommission sei bereits nach der Schweiz abgereist, um das System an Ort und Stelle zu studieren.

Abdankung der luxemburgischen Herrscherin?

„Central News“ meldet aus Paris, daß, nach Meldungen aus Luxemburg, die Abdankung der Großherzogin in der ersten Januarwoche erwartet wird. Die Kammer wird sich dann darüber schlüssig werden, ob man eine Republik gründet oder eine Personalunion mit Belgien eingehen solle. Die Mehrheit des luxemburgischen Volkes sei für diese letzte Lösung, die jedoch von der deutschen Bevölkerung und allen prodeutschen Elementen heftig bedroht wird.

Von nah und fern.

Königstein, 6. Jan. Der Unterricht an der Taunus-realschule beginnt Mittwoch den 8. Januar um 8 Uhr.

Wiesbaden, 3. Jan. Die französische Besatzungsbehörde läßt an den Straßenecken Schilder mit den französischen Straßennamen anbringen.

Koblenz, 2. Jan. In der hl. Nacht leuchtete ein von der fremden Besatzung auf dem Regierungsgebäude errichtetes, mit elektrischen Flammen versehenes mächtiges Kreuz weit in die Ferne hinaus. Vom Ehrenbreitstein strahlte ein mit elektrischen Lichtern versehener Christbaum herunter — auch das war von der fremden Besatzung veranlaßt. Auf die Bevölkerung machte diese sinnige Feiertagsfeier der hl. Christnacht tiefen Eindruck.

Frankenthal, 31. Dez. Hier wurden drei Zivilpersonen zu zwei und einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie in einer Gastwirtschaft französische Soldaten beschimpft hatten.

